

Der international anerkannte "Code of Conduct" des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) fordert als Minimum, dass humanitäre Organisationen unparteilich, unabhängig und neutral sein müssen. Besonders in Ländern wie Afghanistan birgt eine Vereinnahmung von Hilfsorganisationen für politischmilitärische Zwecke hohe Risiken. © Michael Goldfarb

PRINZIPIEN DER HUMANITÄREN HILFE

Die Aufgabe der humanitären Hilfe ist es, in Situationen von Krieg und Gewalt, Naturkatastrophen und Epidemien Leben zu retten und Leid zu lindern. Ärzte ohne Grenzen arbeitet dabei oft in politisch komplexen Situationen, und es ist häufig eine große Herausforderung, die wirklich Bedürftigen zu erreichen. Die Mitarbeiter in den Projekten müssen außerdem dafür Sorge tragen, dass sie nicht den Interessen der Konfliktparteien in die Hände spielen und so unter Umständen ihre Hilfe den Menschen letztlich mehr schadet als nützt. Für ihre Arbeit benötigen sie deshalb Orientierungshilfen, die über das reine Fachwissen hinausgehen: Der Arbeit von Ärzte ohne Grenzen liegen die Prinzipien der Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität zugrunde, um das Wohl der Not leidenden Bevölkerung als oberste Priorität sicherzustellen.

Unparteilichkeit

Unparteilich zu sein bedeutet, dass es keine guten oder schlechten Opfer gibt. Jeder Zivilist in akuter Not hat ein Recht auf Hilfe, ungeachtet seiner ethnischen Herkunft oder politischen und religiösen Überzeugungen. Dabei ist der Grad der Not ausschlaggebend: Ärzte ohne Grenzen versucht stets, sich auf die Bevölkerungsgruppe zu konzentrieren, die am bedürftigsten ist. Hilfe, die nicht unparteilich ist, die also bestimmte Gruppen anderen vorzieht, ist immer noch Hilfe, aber sie ist nicht humanitär. Sie wird, wie die Entwicklungshilfe, oft eher als Teil einer politischen Agenda geleistet und deshalb unter Umständen von bestimmten Gruppen aus politischen Gründen abgelehnt. Strikt unparteiliche Organisationen haben eher eine Chance, sowohl von der betroffenen Bevölkerung als auch von

den jeweiligen Machthabern, als humanitär und deshalb glaubwürdig auf das Wohl der Patienten fokussiert angesehen und akzeptiert zu werden.

Unabhängigkeit

Um unparteilich helfen zu können, muss Ärzte ohne Grenzen unabhängig sein. Die Organisation hält deshalb so weit wie möglich Distanz zu politischen, militärischen, religiösen und wirtschaftlichen Akteuren, deren Ziel selten in erster Linie die Linderung der Not der Menschen ist. Ärzte ohne Grenzen entscheidet, in Konsultation mit den relevanten Akteuren, selbst, wo, wann und wie Projekte gestartet, durchgeführt oder beendet werden. Diese Entscheidungen basieren stets auf eigenen Analysen vor Ort und darauf, ob genügend Personal, logistische Kapazitäten und finanzielle Mittel für diese Projekte vorhanden sind. Wer frei entscheiden will, muss auch finanziell unabhängig sein: Notwendig ist daher ein hoher Anteil an freien privaten Spenden, die sofort und flexibel dort eingesetzt werden können, wo die Not am größten ist. In Kontexten wie Afghanistan und Syrien verzichtet Ärzte ohne Grenzen gänzlich auf staatliche Zuwendungen.



Prinzipien der Humanitären Hilfe

- Unabhängigkeit
- Neutralität
- Unparteilichkeit

Neutralität

Wo Gewalt und Chaos herrschen und alle Konfliktparteien politische Ziele verfolgen, muss eine humanitäre Organisation neutral handeln, um alle Bedürftigen erreichen zu können. Ärzte ohne Grenzen ergreift daher nicht Partei für oder gegen eine der rivalisierenden Gruppen. Die Organisation äußert sich deshalb auch nicht zu politischen oder militärischen Entscheidungen in Konfliktsituationen. Dass humanitäres Handeln selbst oft als politisch empfunden wird (), muss dabei immer mit bedacht werden. Diese Neutralität ist aber nicht mit Schweigen gleichzusetzen: Wenn Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen miterleben, wie ständige Gewalt oder mangelnde Hilfe die Menschen quälen und zermürben, machen sie dies, wenn möglich, öffentlich.

Respekt für Prinzipien schwindet

Die Arbeit von humanitären Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen wird erschwert durch Äußerungen und Handlungen von (westlichen) Regierungen, auch der deutschen Bundesregierung, die allzu oft der Meinung sind, dass Hilfe sich politischen oder sogar militärischen Zielen unterzuordnen hat. Seitdem die USA 2001 den "Krieg gegen den Terror" ausriefen versucht die Politik immer mehr, humanitäre Hilfe als Mittel einzusetzen, um Sicherheit und Stabilität zu schaffen. So forderte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen im Frühjahr 2010 eine engere Zusammenarbeit der NGOs mit dem Militär in Afghanistan und bezeichnete sie als "soft power" der Nato. Erst kürzlich hat der deutsche Außenminister Guido Westerwelle die Unterstützung der militärischen Intervention Frankreichs in Mali humanitär mitbegründet.

Fallbeispiel Afghanistan

"Die Arbeit in der Provinz Helmand im Süden Afghanistans ist heute möglich, bleibt aber weiterhin sehr gefährlich. Immer wieder müssen alle Konfliktparteien und Akteure mit geduldigen Verhandlungen, vor allem aber durch unsere tägliche medizinische Ar-

beit davon überzeugt werden, dass sie uns vertrauen können: Dass wir nicht Teil der NATO sind, dass wir uns um alle bedürftigen Patienten kümmern, egal wer sie sind und woher sie kommen. Entscheidend für unsere Unabhängigkeit und unsere Akzeptanz ist auch, dass wir unsere Programme in Ländern wie Afghanistan ausschließlich mit privaten Spenden finanzieren und keine staatlichen Gelder einsetzen.

Manchmal segelt die Politik nicht nur selbst unter falscher Flagge, sondern sie versucht, von den humanitären Hilfsorganisationen zu profitieren. So wurden beispielsweise in Afghanistan in einigen Regionen von den amerikanischen Truppen Flugblätter abgeworfen, die der Zivilbevölkerung Nahrungsmittelhilfe nur im Austausch gegen kriegssensitive Informationen versprachen. [...] Dadurch steigt das Risiko für Hilfsorganisationen, gezielt angegriffen oder massiv behindert zu werden, weil sie als Teil der vor allem westlichen Politik gesehen werden und ihre Akzeptanz schwindet. Tatsächlich stellen wir immer mehr Gewalt gegen humanitäre Helfer fest. Die Folge ist, dass gerade Menschen in extrem bedrohlichen Situationen nicht die Hilfe bekommen, die sie zum Überleben brauchen, weil die Arbeit für Hilfsorganisationen zu gefährlich geworden ist."

(Auszug aus Op-Ed Süddeutsche Zeitung, "Helfer in Gefahr", Frank Dörner, Ärzte ohne Grenzen, April 2013)

Diese Vermischung von politischen und humanitären Zielen ist deshalb so gefährlich, weil durch sie humanitäre Helfer als Teil westlicher Politik und nicht mehr als unabhängig und neutral wahrgenommen werden. Mitarbeiter von Ärzte ohne Grenzen und anderen humanitären Hilfsorganisationen laufen so Gefahr angegriffen zu werden. Im schlimmsten Fall können sie dann den Bedürftigsten nicht mehr helfen.



Ärzte ohne Grenzen und andere Organisationen wehren sich daher gegen diese Vereinnahmung. So haben beispielsweise Ärzte ohne Grenzen und Ärzte der Welt im Frühjahr 2013 einen offenen Brief an den deutschen Außenminister gesendet, der großes Medienecho fand.

Linkliste:

- Medizinische humanitäre Hilfe: Wie Ärzte ohne Grenzen arbeitet (2013): https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/wieaerzte-ohne-grenzen-arbeitet
- Brief an Westerwelle (2013): https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/ document/offener-brief-bundesministerwesterwelle-gegen-missbrauch-derhumanitaeren-hilfe-2013
- Viele weitere Dokumente zur Thematik finden sich hier: http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/ publikationen-humanitaere-debatte

Ihre Ansprechpartnerin

Meike Schwarz

Wissenschaftliche Mitarbeiterin Médecins Sans Frontières / ÄRZTE OHNE GRENZEN e. V. Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Deutschland Tel.: 030 – 700 130 191, Fax: 030 – 700 130 340 E-Mail: Meike.Schwarz@berlin.msf.org

www.aerzte-ohne-grenzen.de

